

Kenntnis? Wenn ja, warum haben Sie nicht die Jugendauszubildendenvertretung bei der Beantwortung der Frage, die ich gestellt habe, herangezogen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Schuster: Ich habe davon Kenntnis. Ansonsten ist es so, dass wir nachgeprüft haben, inwieweit der Unterricht in der Dokumentation, die vorgeschrieben ist, stattgefunden hat. Er hat stattgefunden, sodass die Vorwürfe so nicht richtig sind. Das sind unsere Erkenntnisse dabei. Natürlich gibt es einen Dialog zwischen der Jugendvertretung und der entsprechenden Schulleitung.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Bensch [CDU]: Ich werde weitere Zusatzfragen, die sehr in die Tiefe gehen, in der Gesundheitsdeputation stellen! Vielen Dank erst einmal für die heutige Beantwortung!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff „**Palast der Produktion**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Werner, Saxe, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Werner!

Abg. **Werner** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Schlüsse zieht der Senat stadtentwicklungs-, kultur- und wirtschaftspolitisch aus der Bespielung des ehemaligen BWK-Gebäudes in Bremen-Blumenthal durch das Zwischennutzungsprojekt „Palast der Produktion“ im Juni und Juli 2012?

Zweitens: Welche konkreten Nutzungsanfragen haben sich aus dem Projekt beziehungsweise seit dem Projekt ergeben?

Drittens: Welche Rolle sollen und können Betriebe, Einzel- und Kleinstunternehmen sowie Netzwerke und Initiativen der Innovationsbranchen Kultur- und Kreativwirtschaft sowie weiterer Innovationsbranchen, wie zum Beispiel der Umwelt-, Freizeit- und Gesundheitswirtschaft, in der weiteren Entwicklung des ehemaligen BWK-Geländes spielen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Dr. Heseler.

Staatsrat Dr. Heseler: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Das Zwischennutzungsprojekt „Palast der Produktion“ verfolgte die Zielsetzung, das Gelände der ehemaligen Bremer Woll-Kämmerei mit den vorhandenen historischen Baustrukturen der Öffentlichkeit präsent werden zu lassen und beispielhaft die Nutzungsmöglichkeiten der historischen Gebäude aufzuzeigen. Zur Unterstützung der weiteren Entwicklung des Gewerbegebiets Bremer Woll-Kämmerei sollen auch künftig Zwischennutzungsprojekte auf dem Gelände durchgeführt werden.

Zu Frage 2: Nach Abschluss des Projektes „Palast der Produktion“ liegen der Zwischenzeit zentrale mehrere konkrete Anfragen mit unterschiedlichen Raumanforderungen insbesondere von kleinen Unternehmen und Kleinstunternehmen vor. Nachgefragt wird die langfristige Anmietung von Atelier- und Büroflächen. Ferner gibt es Anfragen hinsichtlich der kurz- sowie langfristigen Nutzung von Ausstellungsräumlichkeiten. Allerdings ist hierbei zu berücksichtigen, dass die Nachfrager teilweise von einer mietfreien Nutzung von Räumlichkeiten beziehungsweise von der Leistung einer sehr geringen Miete ausgehen.

Zu Frage 3: Das BWK-Gelände verfügt über attraktive Voraussetzungen für eine gewerbliche Entwicklung. Die Vermarktung dieser Fläche soll daher entsprechend dem im Jahr 2011 der Deputation für Wirtschaft und Häfen vorgelegten Marketingkonzept in Ergänzung zum Gewerbegebiet Bremer Vulkan auf die Ansiedlung produktionsorientierter Unternehmen mit den Schwerpunkten Metall-, Maschinen- und Anlagenbau sowie Windenergie, Logistik und produktionsorientierte Dienstleistungen fokussiert werden. Mit der hochwertigen historischen Bausubstanz und der Lage zwischen Stadtteilzentrum und Weser gibt es auch gute Bedingungen für die Ansiedlung von kleineren Unternehmen aus dem Handwerks- und Dienstleistungsbereich.

Das Projekt „Palast der Produktion“ hat exemplarisch aufgezeigt, dass sich diese Substanz für die Ansiedlung von Betrieben, Einzel- und Kleinstunternehmen aus dem Dienstleistungssektor eignet. Insbesondere für Unternehmen aus der Kultur- und Kreativwirtschaft können sich hieraus attraktive Flächenpotenziale ergeben. Eine besondere Nachfrage beziehungsweise Standortgunst des Gewerbegebietes für die Umwelt-, Freizeit- und Gesundheitswirtschaft ist bislang nicht zu erkennen. Gleichwohl stehen die auf dem Gewerbege-

biet vorhandenen Flächenpotenziale grundsätzlich ebenfalls diesen Branchen zur Verfügung. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege Werner, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Werner** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Staatsrat, Sie haben die Lage zwischen Stadtteilzentrum und Weser angesprochen. Wie bewerten Sie die Wünsche aus dem Stadtteil nach einer direkten alltäglichen Zugänglichkeit des Geländes und des Weserufers, und wie gehen Sie gegebenenfalls damit in Zukunft um?

Staatsrat Dr. Heseler: Wir müssen, glaube ich, auf der einen Seite sehen, dass wir dort gute Bedingungen für die Ansiedlung von Unternehmen schaffen. Das schränkt den Zugang ein wenig ein. Auf der anderen Seite ist es unser Ziel - und das soll auch mit dem „Palast der Produktion“ verfolgt werden - zu sehen, dass wir breite Teile auch für die Öffentlichkeit nutzen können und die Weser eben auch nicht abgeschlossen wird, sondern dort Zugänge und Wege möglich sein werden. Da sind wir in der Planung.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Kottisch!

Abg. **Kottisch** (SPD): Herr Staatsrat, nun haben wir dort auf der einen Seite sehr gute Bedingungen für eine gewerbliche Ansiedlung, beispielsweise von den Zulieferern der Windkraftbranche durch die wasserseitige Anbindung und die gute Verkehrsinfrastruktur. Auf der anderen Seite hat dieses Projekt gezeigt, dass das Interesse der Kreativwirtschaft auch groß ist. Sehen Sie Chancen, da auch Initialzündungen zu organisieren, sodass ein Crossover stattfindet, dass also die Industrie, die dort angesiedelt werden kann, potenziell gleichzeitig auch mit den Akteuren der Kreativwirtschaft zusammenspielt?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Ja, das ist eigentlich generell unser Ziel. Es wäre sehr wünschenswert, dass wir es schaffen, dass sich die in Bremen relativ starke Kreativwirtschaft stärker mit den Produktionsunternehmen vernetzt. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir gerade für investive Zwecke auch ein Programm und Mittel zur Verfügung stellen wollen, vielleicht können sie auch in solche Bereiche fließen. Wir haben großes Interesse daran - und der „Palast der Produktion“ war ein solches Projekt -, eine stärkere Vernetzung von kreativen Unternehmern oder Existenzgründern und Produktions- und Dienstleistungsunternehmen zu erreichen.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema „**Trägerneutraler Auftritt von Dienstleistungszentren und Begegnungsstätten?**“ Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Schmidtman, Frau Dr. Schaefer, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Schmidtman!

Abg. **Schmidtman** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie weit hat der Senat sein Vorhaben umgesetzt, dass Dienstleistungszentren und Begegnungsstätten nach außen hin klar als Einrichtungen erkennbar sind, die mit öffentlichen Mitteln finanziert werden und im öffentlichen Interesse und Auftrag tätig sind und die damit für alle Menschen in Bremen zuständig sind?

Zweitens: Wie will der Senat zukünftig verhindern, dass Dienstleistungszentren und Begegnungsstätten rein äußerlich den Eindruck erwecken, dass sie lediglich eine Einrichtung des Zuwendungsempfängers und nicht für alle Bremerinnen und Bremer zuständig sind, unabhängig von der etwaigen Mitgliedschaft und/oder weiteren besonderen persönlichen Voraussetzungen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Stahmann.

Senatorin Stahmann: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen hat sich mit den Trägern darauf verständigt, die Begegnungsstätten und Dienstleistungszentren zukünftig durch Schilder äußerlich als Zuwendungsempfänger der Freien Hansestadt Bremen zu kennzeichnen. Im Interesse eines einheitlichen Verfahrens ist beabsichtigt, die Kennzeichnung mit einer für alle Zuwendungsempfänger geltenden Regelung umzusetzen. Die Senatorin für Finanzen prüft zurzeit die Möglichkeiten, wie eine Kennzeichnungspflicht für alle Zuwendungsempfänger im Land Bremen am zweckmäßigsten umgesetzt werden kann.

Um eine Kennzeichnung zeitnah und mit möglichst wenig Verwaltungsaufwand umzusetzen, soll eine Realisierung zunächst auf freiwilliger Basis erfolgen. In einem ersten Schritt sollen die Zuwendungsempfänger gebeten werden, auf